

**LUZERNER**  
**FREISINN**

**Gemeinsam weiterkommen.**

**Renteninitiative  
unterschreiben!**

**Schub für 5G**

Der Mobilfunkstandard 5G hat es in der Schweiz noch schwer, der Ausbau verläuft schleppend. Die FDP und insbesondere Ständerat Hans Wicki und Nationalrat Christian Wasserfallen engagieren sich für mehr Tempo.  
Seiten 14 und 15

**Freihandel mit Indonesien**

Das Freihandelsabkommen mit Indonesien hat Pioniercharakter, da für den Export von Palmöl Nachhaltigkeitsziele vereinbart wurden. Sowohl die FDP wie auch die Jungfreisinnigen setzen sich für ein Ja am 7. März ein.  
Seite 16

**Karin Keller-Sutter sagt Ja zur E-ID**

Die FDP-Bundesrätin kämpft für die E-ID, über die am 7. März abgestimmt wird. Im Interview zeigt sie auf, wie der Datenschutz gewährleistet ist und was die Vorteile der Public-Private-Partnerschaft sind. Für Karin Keller-Sutter ist klar, dass das Technologieland Schweiz die E-ID braucht, um eine digitale Identifikation zu ermöglichen.  
Seiten 18 und 19

**Digitale DV in Bern**



Delegierte sagen Ja zum Covid-19-Gesetz und Nein zu den beiden Agrarinitiativen.  
Seiten 20 und 21



**Freiheit ist keine  
Selbstverständlichkeit**

**Gemeinsam erarbeiten wir sie uns!**

Unsere Freiheit und Demokratie gehören zu den grössten Errungenschaften überhaupt. Die Bewältigung der Corona-Krise schränkt die Freiheit aller ein – liberales Engagement ist also umso mehr gefragt. Im «Freisinn» erfahren Sie alles zu den wichtigen Abstimmungen, dem Engagement unserer Fraktion, aktuellen Themen aus dem Ständerat sowie zu den Vorbereitungen für die Wahlen und vieles mehr!

# Inhalt

- 3–10 Luzerner Freisinn
- 11 Stadt Luzern
- 12/13 Blueprints:  
Wir halten unsere Taten fest
- 14/15 5G braucht mehr Schub
- 16 Freihandelsabkommen  
mit Indonesien  
hat Pioniercharakter
- 17 Andrea Caroni  
zur Burkainitiative
- 18/19 Bundesrätin Karin Keller-Sutter  
im Interview
- 20/21 Digitale DV in Bern
- 22 Gastbeitrag von Philipp Eng
- 23 Vermischtes



## Liebe Freisinnige

Die Corona-Krise dauert nun bereits fast ein Jahr. Damit wir endlich aus der Krise herauskommen, sind nun drei Dinge wichtig:

**1. Schützen:** Wir müssen das Ansteckungsniveau und die Ansteckungsdynamik tief halten. Dies erreichen wir, indem wir uns alle nochmals einen Ruck geben und die Verhaltens- und Hygieneregeln einhalten. Im Gegenzug ist der Bundesrat in der Pflicht, dass er die richtigen Verhaltensanreize setzt.

**2. Entschädigen:** Diejenigen Unternehmen, die ihren Betrieb aufgrund der Entscheide des Bundesrates schliessen mussten, müssen die Soforthilfe nun schnell ausbezahlt erhalten. Nur so kann unsere Wirtschaft diese Krise meistern, und die Arbeitsplätze können gesichert werden.

**3. Impfen:** Das einzige Mittel, das wir haben, um das Virus zu stoppen, ist der Impfstoff. Wir müssen dafür sorgen, dass alle, die sich impfen lassen wollen, dies so schnell wie möglich tun können. So erreichen wir bis im Sommer die Herdenimmunität und können endlich zur Normalität zurückkehren. Dabei sind die Risikogruppen und das Gesundheitspersonal natürlich prioritär zu behandeln.

## Wirtschaft und Ökologie nicht gegeneinander ausspielen

Die akute Krisenbekämpfung ist wichtig. Es ist aber auch unsere Pflicht, jetzt damit zu beginnen, die Weichen für die Zeit nach dieser Krise richtig

zu stellen. Dazu gehört auch, dass wir unseren Kindern und Enkelkindern eine intakte Lebensgrundlage hinterlassen. Das erreichen wir aber nur, wenn wir Wirtschaft und Ökologie nicht gegeneinander ausspielen. In diesem Sinne haben wir Blueprints.ch lanciert. Lesen Sie mehr dazu auf den in unserem Schwerpunkt.

## Nutzen Sie Ihr Stimmrecht!

Unserer gebeutelten Wirtschaft können wir auch auf zusätzlichen Wegen helfen: Wir können ihr mit dem Freihandelsabkommen mit Indonesien, über das wir am 7. März 2021 abstimmen, neue Wachstumsimpulse geben. Mit einem Ja zum E-ID Gesetz können wir den Standort Schweiz stärken und die Digitalisierung vorantreiben. Und mit einem Nein zur Burkainitiative verhindern wir, dass unsere bereits stark gebeutelte Tourismusbranche nicht mit illiberalen Kleidervorschriften noch weiteren Schaden erleidet. Informieren Sie sich in der aktuellen Ausgabe im Detail über die Abstimmungsvorlagen und gehen Sie im Anschluss an die Urne. Damit können Sie einen wichtigen Beitrag leisten, dass wir jetzt die richtigen Weichen für die Zukunft stellen.

Nun wünsche ich Ihnen viel Vergnügen bei der Lektüre dieser neuen Freisinn-Ausgabe!

Ihre Petra Gössi  
Präsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

# Freiheit – erarbeiten wir sie uns!

Seite der Präsidentin

Am 7. Februar vor 50 Jahren war es so weit: Hart erkämpft durch Frauen und Männer erhielten die Schweizerinnen das langersehnte Stimmrecht. Es ebnete uns den Weg, fortan ein freieres und somit selbstbestimmteres Leben zu führen.

Auch unsere liberalen Luzerner Frauen schrieben Geschichte. Ursula Widmer war die erste Frau am Eidgenössischen Versicherungsgericht (Wahl 1984) sowie die zweite Richterin am Bundesgericht überhaupt. Mit Helen Leumann stellten wir von 1995 bis 2011 die zweite Ständerätin des Kantons Luzern. Auch im Kantonsrat gab es einige Höhepunkte: Mit Alice Wey-Heini (1991), Heidy Lang-Iten (2007), Irene Keller (2014) und Hildegard Meier-Schöpfer (2018/19) stellen wir die meisten Kantonsratspräsidentinnen des Kantons. Ihnen allen gilt unser grosser Dank für ihren unermüdlchen liberalen Einsatz!

Freiheit ist keine Selbstverständlichkeit. Dazu reicht ein Blick in die Gegenwart. Seit mehr als einem Jahr führt uns das Coronavirus dies schmerzlich vor Augen. Die Auswirkungen sind drastisch. Wir Liberalen fordern, dass ein grosser Teil der Bevölkerung so schnell wie möglich geimpft wird, die Risikogruppen geschützt werden und wirtschaftliche Hilfen für diejenigen, die in ihrer Tätigkeit eingeschränkt sind, rasch ausbezahlt werden. Nur dadurch gelingt es uns, dass die vielen Einschränkungen ein Ende haben und wir unsere Freiheit und somit unser soziales und wirtschaftliches Leben wieder erlangen.

Doch lassen wir uns von Corona nicht alles nehmen! Unser demokratischer Staat gewährt uns Freiheiten, die uns nicht einfach in den Schoss fallen, sondern die wir aktiv nutzen sollten. Am 7. März 2021 dürfen wir wiederum über die Zu-



Jacqueline Theiler

kunft unseres Landes mitbestimmen. Nicht nur Frauen, auch Männer mussten sich diese Rechte einst hart erkämpfen. Seien wir dankbar dafür, gehen wir abstimmen, unterschreiben wir die Renteninitiative der Jungfreisinnigen und engagieren uns weiterhin eigenverantwortlich für unsere schöne Schweiz und geschätzte Demokratie. Danke für Ihre Unterstützung!

**Jacqueline Theiler**  
Parteipräsidentin FDP Luzern

Wahlkreis Willisau

## Neue Präsidentin

Im Wahlkreis Willisau wurde Kantonsrätin Helen Schurtenberger zur neuen Präsidentin gewählt. Die Kantonalpartei gratuliert Helen Schurtenberger und dankt Hildegard Meier herzlich. Mehr zur Wahl und zur Amtsübergabe lesen Sie auf Seite 10.



Helen Schurtenberger

## Inserieren Sie im «Luzerner Freisinn»!

Faire Preise und grosszügige Wiederholungsrabatte

Auflage: 12 000, viermal pro Jahr

[www.fdp-lu.ch/aktuell/luzerner-freisinn](http://www.fdp-lu.ch/aktuell/luzerner-freisinn)  
[info@fdp-lu.ch](mailto:info@fdp-lu.ch)  
Tel. 041 220 14 14

## AGENDA

### 23. Februar 2021

Digitaler Stammtisch der FDP Hitzkirch: Möchten Sie mehr zum Rahmenabkommen oder zum Freihandelsabkommen mit Indonesien erfahren? Die FDP Hitzkirch lädt am 23. Februar (19 Uhr) zum digitalen Stammtisch mit Damian Müller ein! Wir diskutieren gemeinsam zur Schweizer Aussenpolitik und löchern unseren Ständerat und Präsident der Aussenpolitischen Kommission SR mit Fragen. Für die Teilnahme ist eine Anmeldung auf unserer Website erforderlich.

### 25. März 2021

Bundeshaus Aktuell

### 20. April 2021

Kantonale Delegiertenversammlung

### 24. April 2021

Ortsparteienkonferenz

Weitere Informationen finden Sie unter [www.fdp-lu.ch/agenda](http://www.fdp-lu.ch/agenda)

Kantonale Abstimmung 7. März 2021

# Ja zum Campus Horw und zum Ausbau der Lammschlucht

## Gründung einer Aktiengesellschaft für den Campus Horw

Der neue Campus Horw ist ein wichtiger Schritt für den Bildungs-, Forschungs- und Wirtschaftsstandort Luzern. Der über 40 Jahre alte Campus Horw der Hochschule Luzern soll erweitert werden. Zusätzlich soll die Pädagogische Hochschule im geplanten Projekt angesiedelt werden. Damit entsteht neu ein Treffpunkt von Bildung und Wirtschaft. Der neue Campus Horw ermöglicht eine praxisorientierte Ausbildung und Forschung unter zeitgemässen Rahmenbedingungen.

Grund zur Abstimmung ist die Finanzierung über eine gemeinnützige Aktiengesellschaft. Der Vorteil liegt in der Flexibilität: Die AG kann rascher auf Entwicklungen reagieren, als es dem Kanton möglich wäre. Dies ermöglicht künftig, im dynamischen Wirtschaftsumfeld agil und aktiv zu handeln. Die FDP-Delegierten sind überzeugt, dass die Interessen Bildung und Wirtschaft am besten durch eine nicht gewinnorientierte und gemischtwirtschaftliche AG vertreten werden, und haben sich für eine Ja-Parole ausgesprochen.

## Ausbau der K36 durch die Lammschlucht im Entlebuch, 1. Abschnitt

Bei der Eröffnung der Lammschluchtstrasse im Jahr 1916 galt der Bau als Musterprojekt und Unikat mit seinen Kunstbauten. Bis heute ist es die Haupterschliessung und Lebensader für die Gemeinde Flühli oder den Sörenberg. Doch heute wird die Kantonsstrasse 36 vermehrt mit ihrer engen und kurvenreichen Strassenführung oder Steinschlaggefährdung in Verbindung gebracht. Ein Ausbau ist dringend nötig.

Das Projekt wird in drei Abschnitte unterteilt, sodass keine anderen Strassenbauprojekte im Kanton blockiert werden. Im ersten und aktuellen Abschnitt wird unter anderem die Strassenführung begradigt und die Verkehrssicherheit durch Naturgefahren sichtlich gebessert. Zudem kann auf den Chlusstaldentunnel verzichtet werden. Da Bevölkerung, lokale Wirtschaft und Tourismus im Raum Entlebuch sichtlich mit einem Ausbau der K36 durch die Lammschlucht gestärkt werden, haben die FDP-Delegierten eine klare Ja-Parole gefasst.



# Ja zur E-ID und zum Freihandelsabkommen – Nein zum Burka-Verbot

## Eidgenössische Abstimmungen

Aus der Fraktion

## Covid-19 fordert die Fraktion

Die FDP.Die Liberalen Luzern steht für eine von Zuverlässigkeit geprägte Politik. Unsere Kantonsratsfraktion setzt sich seit Beginn der Corona-Krise für die Luzernerinnen und Luzerner, die Luzerner Wirtschaft, den Tourismus, Bildung, Kultur und Sport ein, um schnelle, effiziente und zielführende Wege aus der Krise zu ermöglichen.

Die Corona-Pandemie fordert unsere Fraktion nun bald ein ganzes Jahr. In diesen Monaten haben wir uns intensiv und konsequent für die Anliegen der Gesellschaft und Wirtschaft eingesetzt. Die Pandemie ist jedoch geprägt durch das Abwägen von Schutz versus Schaden. Links und rechts von uns zielen die Debatten auf Angst bzw. Rebellion. Die Krisensituation ist dabei per se von staatlichem Handeln geprägt. Als Freisinnige hier liberale Lösungen aufzuzeigen, ist so dringend wie auch fordernd. Dieser Herausforderung stellen wir uns Session für Session.

### Zusammenarbeit von allen Akteuren

Die FDP-Kantonsratsfraktion ist sich einig, dass wir mit den heutigen Mitteln und Prozessen in der direkten Demokratie die Auswirkungen von der Pandemie nicht zeitgerecht auffangen können. Wir haben wiederholt betont, dass die aktuellen Führungsstrukturen und Ausgabenkompetenzen für die Betroffenen keine zeitgerechte Lösung ermöglicht sowie nicht allen gerecht werden kann. Um diese Situation möglichst rasch zu verbessern, braucht es eine klare Strategie und möglichst effiziente Massnahmen. Und es braucht eine enge Zusammenarbeit aller Akteure. In der Januar-Session wurde deshalb ein überparteiliches Postulat eingereicht, um die Härtefallregelung anzupassen. Luzerner Unterneh-

men müssen von Fixkostenentschädigungen profitieren, auch wenn sie nicht zu den behördlich geschlossenen Betrieben zählen, aber faktisch von einer starken Umsatzeinbusse betroffen sind. Die Arbeitslosenquote ist im Kanton Luzern bereits deutlich auf 2,2 Prozent angestiegen – so hoch wie seit der Finanzkrise nicht mehr. Corona-bedingte Konkurse und der weitere Verlust von Arbeitsplätzen müssen unbedingt verhindert werden.

### Ausbildungsplätze nicht vergessen

Es gilt, in der Krise nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch zukünftige Ausbildungs- und Lehrstellen zu sichern. Dieser zentrale Aspekt der Bildung kam bisher zu kurz. Damit die Stellen der bisherigen Auszubildenden gesichert sind, haben viele Branchen bereits gehandelt. Für die verfügbaren Ausbildungs- und Lehrstellen, welche im Jahr 2021 neu zu besetzen sind, sieht es weniger erfreulich aus. FDP-Kantonsrat Patrick Hauser (Luzern) hat in der Januar-Session deshalb die Erarbeitung von Anreizsystemen gefordert, um die Stellen in gewohnter Zahl anbieten zu können.

### Schützen, entschädigen, impfen

Seit Beginn der Krise liegt die Aufmerksamkeit mehrheitlich auf kurzfristigen Massnahmen. Die Bevölkerung und die Unternehmen brauchen aber



Georg Dubach, Fraktionspräsident

Perspektiven und mehr Planbarkeit, wie die Krise überstanden werden kann. Die FDP.Die Liberalen Schweiz hat einen wichtigen Aktionsplan erstellt und den Bundesrat aufgefordert, seine Verantwortung wahrzunehmen, um so schnell wie möglich eine klare und nachvollziehbare Ausstiegsstrategie zu präsentieren. Im Mittelpunkt stehen verschiedene Forderungen. Um die Planbarkeit zu erhöhen, braucht es einen Ausstiegsplan mit klaren Kriterien, die eine Entscheidung nachvollziehbar machen. Eine Verlängerung des Lockdowns auf Vorrat muss in jedem Fall verhindert werden. Geschäfte, Betriebe und Orte der Kultur müssen schrittweise geöffnet werden, sobald es die epidemiologische Situation zulässt. Die Leistung der zuständigen Bundesräte und des BAG überzeugt oftmals nicht, und die Impfkampagne geht schleppend voran – teils wegen fehlenden Impfstoffs, teils wegen mangelnder Vorbereitung von Bund und Kantonen. Besonders gefährdete Personen und das Gesundheitspersonal müssen effizienter geimpft werden können. Um aus der Krise herauszukommen und Schäden zu begrenzen, muss auf drei Ebenen gehandelt werden: schützen, entschädigen und impfen.

Georg Dubach, Fraktionspräsident



Anzeigen



# Die Zeit der vielen Köche

Ständerat Damian Müller

Während die Schweiz quasi mit angezogener Handbremse unterwegs ist, läuft die Politik auf Hochtouren: Mit der AHV21, dem Tabakproduktegesetz, Stimmrechtsalter 16, dem Raumplanungsgesetz 2 oder den Kostendämpfungspaketen im Gesundheitswesen stehen wichtige Entscheide an. Zudem gilt es in näherer Zukunft, eine der dringlichsten politischen Fragen zu klären: unser Verhältnis zu Europa.

Seit Mitte Januar steht das öffentliche Leben in der Schweiz wieder still. Und so zwingend dieser zweite Lockdown ist, um die Pandemie «irgendwie» in den Griff zu bekommen, so sehr freue ich mich schon jetzt darauf, Menschen in echt wiederzusehen und ihnen die Hand zu schütteln. Aber noch bestimmt Corona unseren Alltag. Immer wieder schreiben mir besorgte Bürgerinnen und Bürger. Den einen gehen die beschlossenen Massnahmen zu weit, für die anderen sind sie zu lasch. Zudem herrscht Verunsicherung, denn es gibt selbst in der Krise Leute, die am liebsten ihr eigenes politisches Süsschen kochen.

Das mit dem Süsschen gilt geradezu exemplarisch, wenn es um unser Verhältnis zu Europa geht. Zahlreiche Köche schwingen ihre Kellen, und mit dem EU-Austritt des Vereinigten Königreichs sind noch ein paar mehr dazugekommen – auch aus unserer Partei. Mit geschwellter Brust verkünden sie: Wenn die Briten es geschafft haben, die Entscheidungshoheit des Europäischen Gerichtshofes

wegzuverhandeln, dann können wir das auch. Sie verkennen, dass es sich um zwei verschiedene Paar Schuhe handelt. Der Brexit-Deal ist ein reines Kooperations- und Handelsabkommen, das insbesondere den Abbau von Zöllen vorsieht. Unsere Wirtschaftsbeziehung zur EU hingegen basiert auf den sektoriellen Marktzugangsverträgen, die viel weiter gehen als der zollbefreite Warenverkehr. Während die Schweizer Firmen im EU-Binnenmarkt quasi gleichberechtigt wie ihre europäischen Konkurrenten sind, werden die britischen Firmen in Zukunft als Drittstaaten behandelt. Beim Rahmenabkommen geht es in erster Linie um gleich lange Spiesse bei der Rechtsauslegung in Streitfällen über Binnenmarktrecht. Bis anhin gab es den Rechtsweg nicht, sondern politische Druckversuche auf die Schweiz. Vorgesehen ist nun, dass bei Unstimmigkeiten ein paritätisches Schiedsgericht gebildet wird. Können Rechtsfragen nicht gelöst werden, dann wird für die Rechtsauslegung von Schweizer Recht unser Bundesgericht und für



Damian Müller

Belange des europäischen Rechts der Europäische Gerichtshof konsultiert. Würde ja auch keinen Sinn machen, wenn z. B. der Europäische Gerichtshof Schweizer Recht auslegen würde – und umgekehrt. Nach der verbindlichen Konsultation entscheidet anschliessend das paritätische Schiedsgericht. Das Gerede von den fremden Richtern ist also völlig übertrieben. Ganz abgesehen davon: Grossbritannien liegt am Rande von Europa, die Schweiz mitendrin. Allein mit den deutschen Bundesländern Baden-Württemberg und Bayern war 2019 das Handelsvolumen grösser als das mit den USA und gar doppelt so gross wie das mit China. Das sollten wir nicht leichtfertig aufs Spiel setzen. Angesichts unserer Optionen bin ich überzeugt, dass ein ausgewogenes Rahmenabkommen das beste Mittel ist, um den Weg der Bilateralen weiterzugehen. Die Gegner argumentieren mit einem Mix aus Behauptungen, Gerüchten und Spekulationen. Diesen Mix verkaufen sie als Wahrheit und stets mit dem Hinweis, wie gross ihre Sorge um unser Land sei.

## Präzisierungen werden entscheiden

Für mich ist klar, dass die offenen Fragen beim Lohnschutz, der Unionsbürgerrichtlinie und den staatlichen Beihilfen im Rahmenabkommen präzisiert und geklärt werden müssen. Der Bundesrat tut gut daran, wenn er das Resultat, das Staatssekretärin Leu aus Brüssel zurückbringen wird, genau analysiert und abwägt. Dann muss er entscheiden: Entweder serviert er uns eine Suppe, die auch dem Volk mundet, oder er schüttet sie als ungeniessbar in den Abguss – mit allen Konsequenzen. Bis dahin sind wir gut beraten, unserem Bundesrat Ignazio Cassis nicht voreilig in den Rücken zu fallen – und damit die Verhandlungsposition der Schweiz zu schwächen. Lassen wir ihn und sein Departement die Arbeit machen. Danach ist es an uns, das Erreichte zu analysieren und in Kenntnis aller Fakten zu entscheiden. Genau das werde ich tun – wie wir dies von einem Luzerner Liberalen gewohnt sind.

Damian Müller, Ständerat, Hitzkirch



**Mit diesem Abkommen wird eine wichtige Basis geschaffen, dass wirtschaftliche Entwicklung und Nachhaltigkeit zusammengehören.**



**Heidi Scherer**  
Kantonsrätin  
Luzern

**JA**  
zum Abkommen  
mit Indonesien

Rolf Born, Wahlkampfleiter und Kantonsrat.



## Wahlkampfleiter Rolf Born

Nach den Wahlen ist vor den Wahlen

An der Delegiertenversammlung im Oktober 2020 wurde Rolf Born (Emmen) als strategischer Wahlkampfleiter 2023 gewählt. In seiner digitalen Ansprache machte er deutlich, dass mit der richtigen Planung, der engagierten Umsetzung sowie einer Heerschar liberaler Luzernerinnen und Luzerner ein erfolgreicher Wahlkampf geführt werden kann. Im Interview mit Rolf Born hat die Geschäftsstelle nachgefragt, wie es nun weitergeht.

**Rolf Born, Sie haben in Ihrer Ansprache an die Delegierten Goethe wie folgt zitiert: «An unmöglichen Dingen soll man selten verzweifeln, an schweren nie.» Wie schwer wird der Wahlkampf 2023?** Unvorbereitet einen Marathon bestreiten oder das Matterhorn besteigen – das macht niemand, das ist wohl unmöglich schwer! Eine geeinte Partei, welche sich für das Gemeinwohl aller Luzernerinnen und Luzerner engagiert, eine Partei, welche gut trainiert und gemeinsam in die gleiche Richtung marschiert, und eine Partei, welche mit klarem Profil und star-

ken Frauen und Männern allen Alters antritt, wird die Herausforderung Wahlen 2023 packen!

**Die letzten Wahlen waren für die FDP schweizweit kein Erfolg. Wo setzen sie an? Welche Konsequenzen ziehen Sie?** Das Team ist der «Star» – sichtbar, spürbar und gemeinsam mit profilierten Frauen und Männern für die FDP hinstehen, liberale Werte und Lösungen überzeugend vermitteln und auch spürbare Motivation und Freude aller Kandidierenden sind Erfolgsfaktoren!

**Die FDP.Die Liberalen Luzern hat als erste Partei im Kanton ihren Wahlkampfleiter gewählt. Welches sind die nächsten Schritte?** Das Trainingsprogramm für die Partei, die Fraktion und die Mandatsträgerinnen und -träger wird jetzt erarbeitet, und auch individuelle Trainingspläne müssen vorbereitet werden. Bis zum Startschuss müssen Geschäftsleitung, das Wahlkampfteam und unsere Basis die Grundlagen für erfolgreiche Wahlen schaffen. Im Frühjahr 2021 startet bereits eine erste Ortsparteienkonferenz – gut trainiert ist halb gewonnen!

**Welches Ziel setzen Sie sich selbst und den Liberalen im Wahljahr 2023?** Wähleranteile und Mandate auf allen Ebenen zu gewinnen!

**Man kann sagen, dass Sie in der Politik schon ein alter Hase sind. Welche Erfahrung kommt Ihnen in Ihrer neuen Aufgabe am besten zugute, und wie bleiben Sie innovativ?** Es braucht Führungserfahrung und den Blick für das Gesamte – das Team und alle Kandidierenden werden dafür sorgen, dass wir als FDP.Die Liberalen innovativ sind und bleiben!

**Die letzte Delegiertenversammlung im Januar wählte Ihren ehemaligen Kantonsratskollegen Charly Freitag zum Themenmanager. Welche Rolle spielt das Themenmanagement im Wahlkampf?** Eine gute Wahl zum Wohle der Partei! Brennende und fordernde Themen sind mit liberalen Lösungen und Forderungen zu koordinieren – das Themenmanagement wird deshalb eine matchentscheidende Rolle übernehmen. Mit einem guten Zusammenspiel aller Involvierten werden wir gewinnen!

Vielen Dank für das Interview, Rolf Born!



**Charly Freitag  
wird Themenmanager**

Die Delegierten haben Charly Freitag (Beromünster) als neuen Themenmanager gewählt. Für Freitag ist es eine Rückkehr in die Politik: Bis Ende 2018 war er Gemeindepräsident von Beromünster und sass für die FDP im Kantonsrat. Das Themenmanagement ist für die FDP Luzern ein wichtiger und wegweisender Bereich, der nun bereits im Hinblick auf die Wahlen 2023 intensiviert wird. Die Parteipräsidentin dankt Charly Freitag im Namen der Kantonalpartei für sein Engagement und freut sich auf die Zusammenarbeit in der Geschäftsleitung.

V O L V O



 VOLVO SWISS PREMIUM®

10 JAHRE/150 000 KM GRATIS-SERVICE  
5 JAHRE/150 000 KM VOLL-GARANTIE

## Der neue Volvo XC40 Recharge Pure Electric.

Unser erster vollelektrischer SUV.

Freuen Sie sich auf ein völlig emissionsfreies und nahezu lautloses Fahren mit 400 km Reichweite.\*  
Im einzigen elektrischen Kompakt-SUV mit Allradantrieb und 1 500 kg Anhängelast sind Sie dank dem  
neu entwickelten Infotainment System von Google jetzt auch ohne Smartphone jederzeit vernetzt.

**Besuchen Sie uns und erfahren Sie mehr.**

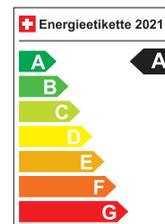
\* Zwischen WLTP- und EPA-Fahrzyklen und realen Bedingungen sind Abweichungen der Reichweite möglich. Zahlen laut vorläufiger Zielvorgabe. Endgültige Fahrzeugzertifizierung ausstehend. Beispiel: Volvo XC40 Recharge Pure Electric P8 AWD. Stromverbrauch gesamt: 22 kWh/100 km, CO<sub>2</sub>-Emissionen: 0 g/km. Energieeffizienz-Kategorie: A. Volvo Swiss Premium® Gratis-Service bis 10 Jahre/150 000 Kilometer, Werksgarantie bis 5 Jahre/150 000 Kilometer und Verschleissreparaturen bis 3 Jahre/150 000 Kilometer (es gilt das zuerst Erreichte). Nur bei teilnehmenden Vertretern. Abgebildetes Modell enthält ggf. Optionen gegen Aufpreis.



6021 Emmenbrücke  
Rüeggisingerstrasse 61  
Tel. 041 288 88 88

6045 Meggen  
Luzernerstrasse 44  
Tel. 041 377 37 37

[www.hammerautocenter.ch](http://www.hammerautocenter.ch)



Jungfreisinnige Kanton Luzern

## Corona lähmt die Unterschriftensammlung

«Bleiben Sie zu Hause!» wird von Bundesrat Alain Berset seit Monaten propagiert. Läden und Restaurants werden geschlossen – die Altstadt von Luzern ist leergefegt. Fristenverlängerung für Initiativen und Referenden vom Bundesrat, wie wir es aus dem ersten Lockdown kennen? Fehlanzeige. Doch wir setzen uns weiterhin für die sichere Altersvorsorge ein und sammeln Unterschriften für die Ren-

teninitiative. Dies trotz Kälte und den schwierigen Bedingungen. Wir freuen uns bei diesen Temperaturen über jede Unterschrift und schätzen das wertvolle Engagement unserer Mitglieder sehr.

Aufgrund der erschwerten Bedingungen setzen wir zunehmend auf das «Briefchästele». Vorfrankierte Unterschriftenbögen werden dabei in unzählige Briefkästen auf unseren Touren im Kanton

Luzern eingeworfen. Falls ihr Interesse habt, im Umfeld Unterschriftenbögen zu verteilen, um eine generationenübergreifende Altersvorsorge zu gewährleisten, könnt ihr mich gerne kontaktieren (kim.rast@jflu.ch).

Wir bleiben am Ball auch in diesen schwierigen Zeiten. So konnten wir erfolgreich den Jungfreisinn Luzern FC gründen. Wir geben bald auch Vollgas auf dem Platz.

**Kim Rast**  
Präsidentin Jungfreisinnige Kanton Luzern

Liberalen Seniorinnen

## Gefragte Seniorinnen und Senioren

Die Seniorinnen und Senioren stehen zurzeit im Zentrum: als beliebte Wirte unscheinbarer Viren, zum Aufbau der Enkelstrategie oder wegen des AHV-Lochs ab 2045! Als politische Player, dank Stimmkraft und Interesse, organisieren die Liberalen Seniorinnen und Senioren im ganzen Kanton Anlässe mit den für sie relevanten Themen. Virusbedingt ist die Planung 2021 jedoch schwierig und die Durchführung unsicher.

Geplant ist am 21. April ein Besuch bei Uli Sigg, schweiz. Ex-Botschafter China, im Schloss Mauensee – im Park und Schloss gibt es moderne chinesische Kunst. Sein Referat «Aus Mauensee nach China» verspricht neue Einblicke. Vor 71 Jahren

anerkannte die Schweiz als eines der ersten Länder die von Mao ausgerufene Volksrepublik.

Am 21. Juni geht es mit der Generalversammlung der Liberalen Seniorinnen und Senioren Luzern und einem Vortrag über Whistleblowers an der Uni Luzern weiter. Edward Snowden enthüllte, dass die USA ihre Bürger überwachten, und er zeigte die Notwendigkeit von Meldestellen oder Internetbriefkästen in Betrieben und Ämtern für Meldungen gravierender Missstände auf. Eventuell von Prof. Peter Kirchschräger erhoffen wir uns dabei, die Sicht der Ethik näher kennen zu lernen.

**Christine Salvisberg-Sigg, Präsidentin**

FDP Frauen Kanton Luzern

## Abstimmung 7. März 2021

Der Vorstand der FDP Frauen Luzern hat für die kommende Abstimmung im März folgende Parolen gefasst:

- Lammschlucht: Ja**
- Campus Horw: Ja**
- E-ID: Ja**
- Freihandelsabkommen Indonesien: Ja**
- Burka-Verbot: Ja**

**Karin Ruckli**  
Präsidentin FDP Frauen Luzern

FDP.Die Liberalen Luzern

## Neue Gesichter in den Ortsparteien

Mit dem Jahreswechsel gab es in der Ortspartei Buttisholz einen Wechsel. Christian Müller übernimmt das Präsidium und folgt auf Oscar Küng, welcher die Partei ad interim geleitet hatte. Im Dezember folgte in der Ortspartei Hitzkirch die Kantonsrätin Luzia Syfrig als Ortsparteipräsidentin auf Thomas Keller, und in Oberkirch wurde Benedikt Furrer als Nachfolger von Toni Gubitosa gewählt.

Im Jahr 2020 gab es weitere Neuwahlen. In Geuensee wurde Paul Furrer als Ortsparteipräsident und damit als Nachfolge von Angelo Petteruti gewählt. Joachim Cerny ist seit letztem Herbst Präsident der Ortspartei Sursee und Nachfolger von Hans Bachmann. In Wauwil hatte die GV Toni Felder, Mitglied der Rechnungskommission, zum

Präsidenten gewählt. Er folgt auf Andrea Fischer (ad interim), welche bis Ende 2020 im Vorstand verblieb. In Adligenswil wurde das Präsidium von Marion Maurer an Klaus Zwyszig übergeben, und in Eich folgte Mario Kündig auf Stefan Dettwiler als Ortsparteipräsident. Wir wünschen den neuen Präsidien und ihren Vorständen viel Erfolg und danken allen Abtretenden!

Mit der Fusion der Gemeinden Willisau und Gettnau per 1. Januar 2021 sind auch der Gettnauer Ortsparteipräsident Raymund Rinderknecht sowie die Gemeinderätin Edith Kurmann und der Gemeinderat Hans-Rudolf Gloor zurückgetreten. Die Kantonalpartei dankt ihnen herzlich für ihr Engagement.



Vorstand FDP Buttisholz (v. l. n. r.): Dario Müller, Michael Hebler, Debora Moos, Christian Müller, Reto Stocker, René Ziswiler, Oscar Küng und Anthony Sabilia (Stefan Schürmann fehlt).



Vorstand FDP Hitzkirch (v. l. n. r.): Jan Wyss, Roxane Schmidgall, Gabriela Schryber-Beck, Hugo Beck, Luzia Syfrig, Dagmar Schnarwiler.



Paul Furrer, Geuensee



Joachim Cerny, Sursee



Toni Felder, Wauwil



Klaus Zwyszig, Adligenswil



Mario Kündig, Eich

Die neue Wahlkreispräsidentin Helen Schurtenberger (links) und ihre Vorgängerin Hildegard Meier.



# Die FDP Wahlkreis Willisau mit neuer Präsidentin

## Delegiertenversammlung

Im Dezember 2020 wählte der Wahlkreis Willisau Kantonsrätin Helen Schurtenberger (Menzna) zur neuen Präsidentin. Von diesem Amt zurückgetreten ist Hildegard Meier, die 12 Jahre hinweg dem Wahlkreis als enorm aktive und vielseitig interessierte Präsidentin vorstand. Auf eine würdige Verabschiedung musste verzichtet werden, nichtsdestotrotz bleiben die Taten in Erinnerung: «Hildegard Meier hat es stets verstanden, auch harte Nüsse zu knacken. Immer wieder hat sie die richtigen Worte gefunden und die Angelegenheiten der FDP mit Herzblut und Leidenschaft vertreten. Ihre offene und gewinnende Art, womit sie auf ihre Mitmenschen zuzuging, und ihr Umgang mit ihnen war stets tief beeindruckend», so Vorstandskollegin Melanie Bühler.

### Stolz auf die neue Crew

An der Seite der neuen Präsidentin stehen neben dem bisherigen Vorstandsmitglied, Kantonsrat

Andreas Bärtschi (Altishofen), auch neue Mitglieder im Einsatz: Madeleine Riechsteiner (Dagmersellen), Edwin Bütikofer (Wauwil), Patrick Isenschmid (Willisau) sowie die Willisauer Stadträtin Sabine Büchli als neue Revisorin. Zum Team meint die abtretende Hildegard Meier: «Ich bin stolz und glücklich über diesen neuen, jungen und motivierten Vorstand, der gemeinsam eine ausgezeichnete Crew bildet.» Zum erweiterten Vorstand gehören von Amtes wegen die beiden Kantonsräte Philipp Bucher und André Marti, Marianne Zaugg als Vertreterin der FDP-Frauen und Klaus Wermlinger als Vertreter der FDP-Senioren an. Nicht zuletzt werden sie vom Reidener Gemeinderat Willi Zürcher, Vertreter der Jungliberalen, unterstützt.

### Sie haben den Wahlkreis Willisau gestärkt

Die seit 2008 im Sekretariat aktive Melanie Bühler hatte ebenfalls ihre Demission eingereicht. Ihre

Funktion hat sie mit ausgesprochener Umsicht und Idealismus geführt. Weiter sind Stefan Folini als Wahlkampfleiter und Kurt Beck als Finanzvorsteher nach vier Jahren zurückgetreten. Von Amtes wegen arbeiteten auch der ehemalige Kantonsrat Erich Leuenberger und der ehemalige Regierungsrat Robert Küng im Vorstand mit. In ihrem Rückblick betonte Hildegard Meier: «Die Zusammenarbeit mit allen Beteiligten war wunderbar. Gemeinsam haben alle Demissionäre mit ihrer hervorragenden Arbeit, ihrem grossen Wissen, ihrer Kompetenz und Zuverlässigkeit dazu beigetragen, den Wahlkreis Willisau zu fördern und zu stärken. Ihnen allen gebührt ein riesiges und zugleich herzliches Dankeschön für ihre Einsatzbereitschaft zu Gunsten der FDP im Wahlkreis Willisau.»

Hilda Rösch, Gettnau

## FDP-Fraktion

## FDP-Fraktion kritisiert linken Sabotageversuch auf Pilatus-Arena

Am 29. November haben die Krienserinnen und Krienser nach einem harten Abstimmungskampf Ja gesagt zur Pilatus-Arena. Ende Januar verlangten SP und Grüne, dass die Stadt das dafür notwendige Grundstück im Mattenhof doch nicht verkauft – für die FDP. Die Liberalen Stadt Luzern ein ebenso unverständliches wie undemokratisches Vorgehen. «Nur weil die Linken zu den Abstimmungsverlierern gehören und das Projekt ablehnen, starten sie nun einen letzten Sabotageversuch, um das Vorhaben zu verhindern», ärgert sich Fraktionschef Marco Baumann. Dies, obwohl das Vorgehen auf einem Volksentscheid beruht und somit sowohl rechtlich wie demokratisch legitimiert ist. Zur Erinnerung: das Luzerner Stimmvolk hat dem Grundstücksverkauf bereits im Herbst 2016 deutlich zugestimmt

und damit dem Stadtrat die Kompetenz erteilt, das Kaufrecht zu verlängern, sollte dies erforderlich sein. Für den FDP-Fraktionschef im Grossen Stadtrat ist denn auch klar, dass der Vorstoss von SP und Grünen nicht nur ein Angriff auf die Demokratie ist, sondern gleichzeitig ein Affront gegenüber dem Stadtrat, der nichts anderes macht, als den Volkswillen einzuhalten. Luzern wie auch Kriens wollen das Projekt wie geplant vorantreiben und realisieren. Die FDP-Fraktion kritisiert den Angriff der Linken scharf und erwartet, dass auch Links-Grün mit ihrer Mehrheit, über die sie aktuell im Stadtparlament verfügt, verantwortungsvoll umgeht. «Die Demokratie und der Rechtsstaat müssen hochgehalten werden, damit die Stadt auch in Zukunft eine verlässliche Partnerin ist», hält Marco Baumann fest.

## Grosser Stadtrat

## Fleissige Parlamentarier\*innen

In den vergangenen Monaten seit Beginn der laufenden Legislatur haben die Grossstadträtinnen und Grossstadträte bereits acht Vorstösse eingereicht:

– *Gebäude verschieben statt abreißen*: Fabian Reinhard stellt dem Stadtrat Fragen zum Gebäude an der Tribtschenstrasse 51.

– *Ergreift die Stadt die Chancen der sauren Zitrone*: Sandra Felder-Estermann will wissen, ob der Stadtrat auf die negativen Rückmeldungen zum Mensa-Essen reagiert hat.

– *Warten statt vorschnelle Entscheidung*: Rieska Dommann verlangt, dass die Stadt mit der Nutzungsentscheidung beim Schädri-Schulhaus wartet, bis die Quartieranliegen bekannt sind.

– *Qualitätsverbesserung beim Gesetzgebungsverfahren*: Fabian Reinhard verlangt zusammen mit allen anderen Fraktionen eine zweite Lesung

für den Erlass oder die Änderung von Reglementen.

– *Digitale Abstimmung im Parlament soll möglich werden*: Fabian Reinhard verlangt vom Stadtrat, dass er die Möglichkeit zur digitalen Teilnahme an Sitzungen in Ausnahmefällen während der Pandemie prüft.

– *Billetsteuer*: Mike Hauser fordert, dass der Stadtrat das System der Billettsteuer analysiert und allenfalls optimiert.

– *Planungsbericht für frei werdende Büroflächen*: Rieska Dommann und Mark Lustenberger fordern den Stadtrat auf, einen Planungsbericht für die Büroflächen zu erarbeiten, welche durch den Umzug des Kantons an den Seetalplatz frei werden.

– *Pop-up-Parks*: Sandra Felder-Estermann stellt eine Reihe von Fragen zu den Pop-up-Parks auf den Parkfeldern.

## Abstimmung vom 13. Juni 2021

## Parkplatz-Referendum eingereicht

Das Referendum für den Parkplatzkompromiss, das auch die FDP im breit abgestützten Komitee unterstützt hat, wurde am 21. Januar mit 1900 Unterschriften eingereicht. Die Abstimmung findet am 13. Juni statt. Die Geschäftsleitung empfiehlt, den Gegenvorschlag und damit den fairen Parkplatzkompromiss des Stadtrates anzunehmen und den einseitigen, übertriebenen Vorschlag des Parlaments abzulehnen. Die Parolen der Mitglieder werden im Mai gefasst.

Ursache für das konstruktive Referendum waren die Verschärfungen der Parlamentslinken gegenüber der ursprünglichen Vorlage des Stadtrates. Der Stadtrat hatte die überalterten Parkreglemente unter Einbezug der Bevölkerung überarbeitet und einen Kompromiss vorgelegt, hinter dem auch die FDP stehen konnte. Während der Kompromiss gezielt die Innenstadt entlastet, bezwecken die verschärften Massnahmen des Grossen Stadtrates eine flächendeckend autoarme Stadt.

## AGENDA

### 1. März

17 Uhr: Digitaler Stamm. Gast: Jacqueline Theiler, Präsidentin FDP Kanton Luzern

### 12. April

17 Uhr: FDP-Stamm. Durchführung offen

### 30. April\*

13.30 Uhr: FDP Senioren: Aufforstung Bireggwald, Treffpunkt Spielplatz Bodenhof-Terrasse, Bus Nr. 7 bis Haltestelle Bodenhof-Terrasse

### 3. Mai

17 Uhr: FDP-Stamm (Durchführungsart s. Website)

### 30. Mai bis 3. Juni\*

FDP-Reise an den Bodensee (s. Beitrag)

### 1. Juli\*

14.25 Uhr: Besichtigung Altstadt Zug, Treffpunkt beim Zytturm (Kolinplatz)

\* Anmeldung erforderlich. Über die Durchführung orientiert die Website oder die Geschäftsstelle (Telefon 041 210 20 28).

Weitere Termine: [www.fdp-stadtluzern.ch](http://www.fdp-stadtluzern.ch)

## FDP Senioren

## FDP-Reise vom 30. Mai bis 3. Juni 2021

In der Nähe bleiben – entspannt reisen – Freunde treffen – plaudern und fein essen – alte Erinnerungen auffrischen – Neues entdecken: unter diesen Vorzeichen steht die FDP-Reise 2021. Vom Parkhotel Inseli in Romanshorn aus erkundet die Gruppe in interessanten, Corona-konform zusammengestellten Tagesausflügen die wunderschöne

Umgebung des Bodensees. Das detaillierte Reiseprogramm ist erhältlich bei der Firma Heggli, Telefon 041 318 31 31, [car@heggli.com](mailto:car@heggli.com), Brigitte Heggli oder Corina Amstutz (Stichwort FDP-Seniorenreise) oder Isabel Isenschmid, Telefon 041 360 47 43, [isabel.isenschmid@bluewin.ch](mailto:isabel.isenschmid@bluewin.ch).



# Folge der blauen Linie

Neue Plattform [Blueprints.ch](http://blueprints.ch)

Reden ist Silber, Handeln ist Gold: Die FDP lanciert eine einzigartige Plattform, die eine Bestandesaufnahme aller Aktionen auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene in Sachen Umwelt- und Klimapolitik aufzeigt. Auch werden dort KMU hervorgehoben, die innovative Lösungen punkto Nachhaltigkeit entwickeln. Denn für die FDP gehen Wirtschaft und Ökologie Hand in Hand und wir folgen unserer blauen Linie, einem Symbol für Fortschritt und Innovation. Die Website [www.blueprints.ch](http://www.blueprints.ch) listet aktuelle und künftige Nachhaltigkeits-Projekte auf, die von der FDP initiiert wurden. Per Newsletter informieren wir regelmässig und zielgruppengerecht über die neuesten Entwicklungen in der Umwelt- und Klimapolitik.

Umwelt- und Klimaprobleme gehen alle an und stellen eine grosse Herausforderung für die Zukunft der kommenden Generationen dar. Die FDP setzt sich seit Jahren auf allen Ebenen dafür ein, die natürlichen Ressourcen zu erhalten und unseren Kindern und Enkelkindern eine intakte Le-

bensgrundlage zu hinterlassen. Daher sind wir davon überzeugt, dass Innovationen in diesem Bereich eine Schlüsselrolle spielen müssen. Wirtschaft und Ökologie gehen Hand in Hand und führen so zum Ziel einer klimaneutralen Schweiz. In diesem Sinne wurde Blueprints.ch lanciert. Die

Plattform beinhaltet die Auflistung vergangener und künftiger Aktionen in der Umwelt- und Klimapolitik (auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene) sowie innovative Projekte von KMU zugunsten der Umwelt.

### Blick ins Jahr 1986

Blueprints.ch befasst sich selbstverständlich mit zahlreichen aktuellen Handlungen zugunsten einer liberalen Umwelt- und Klimapolitik, blickt aber ebenfalls in die Vergangenheit. Der Gang ins Archiv brachte dabei interessante Erkenntnisse. So zum Beispiel das «Freisinnige Manifest zum Umweltschutz», das von einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung im Oktober 1986 verabschiedet wurde. In fein säuberlicher Schreibmaschinenschrift hält das Papier fest: «Umweltbelastungen sind möglichst an der Quelle zu vermeiden, oder, falls dies nicht möglich ist, zu minimieren. Nach dem Verursacherprinzip ist die Beanspruchung knapper Umweltgüter durch Abgaben zu dämpfen.» Der Auszug zeigt, dass das umweltpolitische Engagement der FDP weit zurückreicht und älter ist als die meisten Sektionen von Parteien mit «Grün» im Namen.

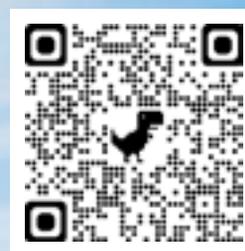


### Mithilfe von Kantonal- und Ortsparteien

Selbstverständlich sind Gegenwart und Zukunft ebenso wichtig. Unter Blueprints.ch sind alle umweltpolitischen Vorstösse der FDP aufgelistet. Damit die Plattform eine breite Wirkung entfaltet, braucht es aber auch das Engagement der Kantonal- und Ortsparteien. Wir freuen uns über Projekte aus der Vergangenheit, Vorstösse von heute und Pläne für die Umweltpolitik der Zukunft, die in FDP-Sektionen entwickelt wurden. All dies kann an die E-Mail-Adresse [info@blueprints.ch](mailto:info@blueprints.ch) gesendet werden und wird danach auf Blueprints.ch aufgeschaltet. Der vielfältige Einsatz, den die FDP in der Umwelt- und Klimapolitik leistet, soll damit sichtbar gemacht werden. Dies ist insbesondere im Hinblick auf die Abstimmung über das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz am 13. Juni von Bedeutung.

### Ja zum CO<sub>2</sub>-Gesetz

Um die Verpflichtungen der Schweiz im Rahmen des Pariser Klimaabkommens zu erfüllen und den Ausstoss von Treibhausgasen bis 2030 zu halbieren, haben wir als erste Partei die Ja-Parole für das revidierte CO<sub>2</sub>-Gesetz gefasst. Die Schweiz wie auch die FDP haben sich im Sommer 2019 zu netto null bis 2050 verpflichtet. Die FDP ist überzeugt, dass neben den richtigen politischen Rahmenbedingungen in erster Linie Innovation und Fortschritt der Schlüssel zur Begrenzung von Klima- und Umweltschäden sind. Nur so können der Wohlstand und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz erhalten werden. Darum ist es umso wichtiger, der Bevölkerung im Hinblick auf die bevorstehende Abstimmung über das CO<sub>2</sub>-Gesetz unser Engagement und Handeln klar zu kommunizieren. «Blaue Lösungen» versprechen Innovationen und bieten Perspektiven für alle.





## Mehr Tempo für 5G

Notwendiges Engagement für die Zukunft

Die Schweiz ist beim Ausbau des Mobilfunknetzes auf den 5G-Standard in Verzug geraten. Die FDP hat das Problem erkannt und fordert mit einer Motion mehr Einsatz vom Bundesrat. Nationalrat Christian Wasserfallen und Ständerat Hans Wicki zeigen auf, weshalb die Schweiz auf 5G angewiesen ist.

Mobilfunk ist aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken. Die flächendeckende Verbreitung von Smartphones hat dazu geführt, dass sich die mobil übertragene Datenmenge derzeit alle 18 Monate verdoppelt. Grund dafür ist die intensivere Nutzung von Smartphone-Anwendungen, insbesondere im Videobereich. Für diese Entwicklung ist ein gut ausgebautes Mobilfunknetz unabdingbar. Der Mobilfunkstandard 4G kann diese Anforderungen künftig nicht mehr erfüllen, deshalb ist die Weiterentwicklung 5G die richtige Lösung. Mit 5G werden die Netze leistungsstärker, ermöglichen eine schnellere Datenübertragung und Anwendungsmöglichkeiten, die momentan noch gar nicht umsetzbar sind – zum Beispiel im Bereich autonomer Fahrzeuge.

### Bundesrat befürwortet FDP-Motion

Im Vergleich mit dem Ausland hinkt der 5G-Ausbau in der Schweiz hinterher und wird in manchen

kantonalen Parlamenten regelrecht bekämpft. Diese Entwicklung ist gefährlich, da ohne flächendeckendes 5G dem Technologie- und Wirtschaftsstandort Schweiz Nachteile drohen. Die FDP hat dieses Problem erkannt und im Mai 2020 eine Fraktionsmotion eingereicht, die vom Bund mehr Engagement bei der Einführung von 5G fordert. Dabei sei das Ziel anzustreben, dass es den Anbietern bis 2024 möglich ist, ein qualitativ hochwertiges nationales 5G-Netz zu möglichst geringen Kosten aufzubauen. Zudem soll der Bundesrat zusammen mit der Branche die breite Bevölkerung über die künftige Mobilfunkgeneration sachgerecht informieren.

Als Sprecher der Motion fungiert der Berner Nationalrat Christian Wasserfallen, der sich seit längerem für ein zeitgemässes Mobilfunknetz einsetzt. Für ihn ist klar: «5G ist aufgrund der hohen Bandbreite und der vorzüglichen Echtzeitdatenübertragung für Anwendungen in den Bereichen

autonome Fahrzeuge, Drohnen, industrielle High-Tech-Produktion, Gesundheit und E-Health, Smart Farming usw. künftig unabdingbar.» Positiv sei auch die Energieeffizienz. Pro übertragenes Datenpaket braucht 5G 90 Prozent weniger Energie. Da das 5G-Netz mit intelligenten Antennen die Geräte direkt ansteuert, können Streustrahlungen vermieden werden. Wasserfallen betont zudem, dass mit der Kommunikation wissenschaftlicher Fakten Bedenken aus dem Weg geräumt werden können: «Es ist wichtig, dass wir vermitteln, dass 5G eine Weiterentwicklung der 3G- und 4G-Technologie ist. Zudem braucht es praktische Anwendungen aus der Realität, um den Nutzen von 5G zu demonstrieren.» Letzten August hat der Bundesrat die Annahme der Motion beantragt. Wann sie ins Parlament kommt, ist noch offen.

### Wichtig für ländliche Regionen

Neben der FDP-liberalen Fraktion im Parlament setzt sich auch CHANCE5G für ein ausgebautes 5G-Netz ein. Die Trägerschaft ist breit abgestützt und umfasst zahlreiche Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft. Co-Präsident von CHANCE5G ist der Nidwaldner Ständerat Hans Wicki. Für ihn kann der Nutzen von 5G nicht hoch genug eingestuft werden: «Wir ermöglichen damit Arbeitsplätze, und zwar in der ganzen Schweiz. Dank 5G werden auch ländliche Regionen mit schnellem Internet erschlossen und nicht vom Fortschritt abgehängt. Es ist aber genauso

Plädoyer für eine faktenbasierte Diskussion

## «Daten-Highways sind unverzichtbar»

Der Thurgauer Manfred Spiegel blickt auf eine langjährige Karriere im Telekom-Bereich zurück und ist heute Mitinhaber und Verwaltungsratspräsident der itsbusiness AG in Bern. Der überzeugte Liberale und ehemalige Präsident der FDP Bischofszell engagiert sich in der Trägerschaft CHANCE5G für die Weiterentwicklung des Schweizer Mobilfunknetzes und erklärt im Interview, weshalb es beim 5G-Ausbau mehr Tempo braucht.

**Weshalb engagieren Sie sich in der Trägerschaft von CHANCE5G?** Das hat mit meinem beruflichen Hintergrund zu tun. Ich bin Hochfrequenz-Ingenieur, habe in führenden Positionen in der Telekom-Branche gearbeitet und war direkt verantwortlich, als die SBB ein eigenes Mobilnetz aufbauten. Da mich Mobilnetze in meinen Tätigkeiten immer wieder begleitet haben, weiss ich, wie wichtig es ist, dass sie stetig weiterentwickelt werden. Unsere Volkswirtschaft stützt sich auch bei der Digitalisierung darauf ab. Im Sinne des gesunden Menschenverstandes die Chancen und Risiken abzuwägen, ist mir dabei ein besonderes Anliegen.

**Was bringt 5G der Schweiz?** Erfolgreiche Märkte haben sich schon immer an gut erschlossenen Verkehrswegen orientiert: Daten-Highways auf Basis der modernen und sicheren 5G-Technologie sind deshalb für unsere Schweiz unverzichtbar. Der Mobilfunkstandard 5G ist in erster Linie ein gewichtiger Standortvorteil, mit dem neue Geschäftsmodelle sowohl für Anbieter wie auch für Nutzer der Netze möglich sind.

**Wie profitieren Privatpersonen?** Bei einer guten Abdeckung ist die Mobilfunknutzung praktisch überall in hoher Geschwindigkeit auch beispielsweise im Zug möglich. Trotz höherer Datenvolumen ergibt sich mit der 5G-Technologie kumuliert eine geringere Strahlung. Man kann so über-

all arbeiten und auf benötigte Informationen zugreifen.

**Der 5G-Ausbau in der Schweiz verläuft schleppend. Wie konnte das passieren?** Ursprünglich war die Schweiz in einer führenden Position. Leider konnten wir diese nicht halten. Die Meinung, dass 4G für immer ausreicht, ist weit verbreitet. Vielleicht liegt es aber auch daran, dass man meint, höhere Datengeschwindigkeiten würden auch eine höhere Strahlenbelastung mit sich bringen, was nicht der Fall ist. Auf jeden Fall wurde der Nutzen viel zu wenig in der Debatte aufgezeigt. Zudem polarisiert die Thematik in zunehmendem Masse.

**Worauf ist diese Skepsis zurückzuführen?** Wir als Nutzer von 5G haben uns zu wenig in die Thematik eingebracht. Deshalb ist ein unbegründeter Abwehrmechanismus gegenüber 5G entstanden. Ich denke jedoch, dass vor allem bezüglich der Auswirkungen von 5G Aufklärungsbedarf besteht. Beispielsweise hat das WLAN, das fast jeder zu Hause hat, eine höhere Leistung in unmittelbarer Nähe des Menschen, als es mit 5G der Fall ist.

**Was muss jetzt passieren?** Für die Aufrüstung der Mobilfunkmasten sind zahlreiche Baugesuche hängig. Die Behörden tun sich schwer damit. Die Gesuche deshalb auf die lange Bank zu schieben, weil es mancherorts Widerstand gibt, finde ich



5G führt kumuliert zu weniger Strahlung.

nicht zielführend. Grundsätzlich muss die Politik wieder Signale aussenden, dass man das Thema 5G faktenbasiert angeht, dazu den Dialog sucht und dann zeitnah entscheidet. Nur so sorgen wir für eine nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz.

**Bis wann rechnen Sie mit einem flächendeckenden 5G-Netz in der Schweiz?** Wenn man tatsächlich vorwärtskommen darf, kann es schnell gehen. Insbesondere die Aufrüstung bestehender Standorte ist kein grosser Aufwand. Zeitintensiver sind neu zu erschliessende Standorte. Momentan geht es deutlich zu langsam. Umso wichtiger ist es, dass der faktenbasierte Dialog und die Aufklärung anstelle von Mutmassungen im Fokus von Entscheidungen liegen. Wenn das gelingt, bin ich überzeugt, dass wir die vielfältigen Chancen von 5G erfolgreich zum Nutzen für die Schweiz zum Tragen bringen können.

**Interview: Marco Wölfli**



Mobilfunk braucht ein starkes Netz.

wichtig, dass der Schweizer Bevölkerung der immense Wert von stabilen und modernen Mobilfunknetzen bewusst ist – das zeigt sich gerade auch in der aktuellen Krise, gilt aber auch darüber hinaus. Wir dürfen diese kritische, systemrelevante Basisinfrastruktur nicht fahrlässig aufs Spiel setzen und sollten möglichst zeitnah auf 5G ausbauen. Nur so wird ein leistungsfähiger Mobilfunk in der ganzen Schweiz sichergestellt, und Datenstaus werden verhindert.

Um dies zu erreichen, braucht es dringend bessere nationale Rahmenbedingungen, auf das unsere Fraktionsmotion abzielt, und eine Deblo-

ckierung des Ausbaus in den Kantonen.» Wie die FDP stellt auch CHANCE5G deutliche Forderungen an den Bundesrat. Die Gruppierung lancierte Ende 2020 eine Petition, die bessere Rahmenbedingungen für den 5G-Ausbau fordert. Zudem verlangt die Petition vom Bundesrat ein klares Bekenntnis zum Mobilfunkstandard der neuesten Generation. Die breite Unterstützung für die Technologie der Zukunft zeigt, dass Handlungsbedarf besteht und das Engagement der FDP weiterhin nötig ist.

**Marco Wölfli**



# Ja zu Freihandel und Nachhaltigkeit

## Vorteilhaftes Freihandelsabkommen mit Indonesien

Am 7. März entscheidet die Schweizer Stimmbevölkerung erstmals über ein Freihandelsabkommen. Das vorliegende Wirtschaftspartnerabkommen der EFTA-Staaten (Schweiz, Norwegen, Island, Liechtenstein) mit Indonesien ist das Resultat erfolgreicher Verhandlungen, die massgeblich durch unseren früheren Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann geprägt wurden. Es beinhaltet erstmals Nachhaltigkeitsziele und setzt einen neuen Nachhaltigkeitsstandard für den internationalen Handel.

Das Freihandelsabkommen mit Indonesien bedeutet ein Meilenstein in der Geschichte des internationalen Freihandels. Es ist ein umfassendes Wirtschaftspartnerabkommen, das nicht nur die Zölle senkt, sondern auch Bestimmungen zu technischen Handelshemmnissen, Dienstleistungen, gesundheitspolizeilichen und pflanzenschutzrechtlichen Massnahmen, Ursprungsregeln, Handelserleichterungen, zum Handel mit Dienstleistungen, dem Schutz des geistigen Eigentums sowie zur Streit-schlichtung beinhaltet. Wegweisend sind die darin enthaltenen Nachhaltigkeitsbestimmungen zum Palmöl.

Noch in den letzten Amtstagen als Wirtschaftsminister ist unser damaliger Bundesrat Johann Schneider-Ammann persönlich nach Jakarta gereist, um dieses Freihandelsabkommen erfolgreich zum Abschluss zu bringen.

Weder die EU noch die USA kennen ein Freihandelsabkommen mit einem der grössten aufstrebenden Länder Südostasiens. Für die EFTA-Staaten inklusive der Schweiz bedeutet dieses Abkommen denn auch einen grossen Fortschritt in ihrer Aussenhandelspolitik: verbesserter Marktzugang für Waren und Dienstleistungen sowie Rechtssicherheit. Unter dem Strich dürfte für die Schweiz – neben allen anderen Vorteilen – eine Einsparung von rund 25 Millionen Franken Zollgebühren resultieren.

### Bereinigung der Hauptkritikpunkte

Durch eine neue Regelung ist es von nun an möglich, gegen Standardfreihandelsabkommen ein Referendum zu lancieren. Dieses wurde von einem Bürgerkomitee ergriffen und von einigen NGO und protektionistischen bäuerlichen Kreisen unter-

stützt. Im Zentrum ihrer Kritik steht die Palmölproduktion. Indonesien ist zurzeit der grösste Produzent von Palmöl weltweit. Um zu vermeiden, dass billig und nicht nachhaltig hergestelltes Palmöl in die Schweiz importiert wird, wurden erstmals in einem Standardfreihandelsabkommen völkerrechtlich verbindliche Nachhaltigkeitsziele und -bestimmungen festgelegt. Die griffigen Ausführungsbestimmungen in der entsprechenden Verordnung liessen nun auch linke Kreise ihre zunächst ablehnende Haltung neu definieren, denn sie haben erkannt, dass dieses Abkommen den einen neuen «Goldstandard» für den weltweit nachhaltigen Handel bilden kann und soll. Die Kritik von bäuerlicher Seite, dass der erleichterte Import von Palmöl einen negativen Einfluss auf die einheimischen Ölsaatenproduktion haben könnte, wurde ebenfalls in den Verhandlungen aufgenommen und mit einer Kontingentierung beantwortet. Das Abkommen führt aufgrund der Nachhaltigkeitskapitel und der Kontingentierung von Palmöl zu keiner Konkurrenz für die Schweizer Rapsölproduktion. Auch die Tatsache, dass diverse NGO in Indonesien und auch Public Eye in der Schweiz das Referendum nicht unterstützen, sagt viel über die hohe Qualität des Abkommens aus.

### Potenzial nutzen, Impulse setzen

Laut Prognosen könnte Indonesien bis 2050 zur viertgrössten Volkswirtschaft der Welt anwachsen. Das Land ist dank seinen zirka 267 Millionen Einwohnern, politischer Stabilität und grossem Investitionsbedarf bei den Infrastrukturen schon heute für viele Schweizer Exporteure wichtig. 2019 wurden Waren im Wert von fast einer halben Milliarde Franken aus der Schweiz nach Indonesien exportiert. Das Potenzial ist noch längst nicht ausgeschöpft. Investitionsbedarf besteht weiterhin. Durch das Freihandelsabkommen wird die rechtliche Grundlage für einen erleichterten Zugang zu einem der wichtigsten Wachstumsmärkte gelegt. Mehr internationaler Handel bringt der Schweiz Vorteile. Gerade jetzt ist der richtige Zeitpunkt für die von Corona gebeutelte Wirtschaft neue Impulse zu erzeugen, Chancen zu nutzen und positive Perspektiven zu erzeugen. Das Abkommen verbessert die Rechts-, Planungs- und Investitionssicherheit für Schweizer Firmen, was die Investitionen weiter ankurbeln und zahlreiche neue Arbeitsplätze, verbunden mit entsprechenden Ausbildungsperspektiven und guten Anstellungsbedingungen, generieren wird.

Das Wirtschaftsabkommen mit Indonesien vereint ökonomische Vorteile auf beiden Seiten, beruhend auf ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit. Mit allem gesunden Menschenverstand können wir dazu am 7. März einfach Ja stimmen.

**Christa Markwalder, Nationalrätin BE, Mitglied Aussenpolitische Kommission**

Auch ein Halloween-Kostüm könnte unter das Verhüllungsverbot fallen.

(Bild: iStock/SeventyFour)



## Nutzlos, illiberal und zentralistisch

Nein zu einem schädlichen Verhüllungsverbot

Obwohl es in der Schweiz null Burkaträgerinnen und keine Probleme mit den marginal wenigen Niqabträgerinnen gibt, will eine Initiative ein nationales Verbot erzwingen. Die FDP lehnt diese heuchlerische Initiative, die gegen alle liberalen Grundsätze verstösst und vielfältige Einschränkungen bringt, vehement ab.

Die Verhüllungsverbot-Initiative zielt darauf ab, jegliche Verhüllung des Gesichts an öffentlichen Orten zu verbieten – sei es durch das Tragen einer Kapuze oder eines Schleiers, wie die Burka oder den Niqab. Die FDP ist klar gegen die Initiative, denn Kleiderverbote gehören nicht in die Verfassung. Das Verhüllungsverbot gibt vor, ein Problem zu lösen, das gar nicht existiert. Schliesslich sind die meisten Burkaträgerinnen in der Schweiz Touristinnen, leidtragend wäre also auch der Tourismus-Sektor. Die Initiative schadet jedoch nicht nur dem Tourismus, sondern auch dem Religionsfrieden. Die Initianten verfolgen dabei eine Strategie der Ausgrenzung unter dem Vorwand der Gleichstellung der Frauen und der Sicherheit. Deshalb empfiehlt auch der Bundesrat zusammen mit dem National- und Ständerat, die Volksinitiative abzulehnen.

### Keine Kleidervorschriften in der Verfassung

Die alten Zeiten von rigiden staatlichen Kleidervorschriften namentlich für Frauen sind zum Glück vorbei. Hält man den liberalen Grundgedanken

hoch, sollen sich sowohl Schweizerinnen und Schweizer als auch Touristinnen und Touristen so kleiden, wie sie das für angemessen halten.

Die Initiative des nicht besonders frauenfreundlichen Egerkinger Komitees versucht auf heuchlerischem Weg, ein Verhüllungsverbot durchzubringen, und gibt dabei vor, Frauen schützen zu wollen. Das bestehende Recht erlaubt es jedoch bereits heute einzugreifen, wenn jemand gezwungen wird, einen Schleier zu tragen. Ein weitergehendes Verhüllungsverbot führt kaum dazu, dass Frauen vom Tragen der Burka oder des Niqabs befreit werden, sondern, dass diese allenfalls daran gehindert werden, ihr Haus zu verlassen. Zudem: Die einzige Studie zum Thema belegt, dass die wenigen Schweizer Niqabträgerinnen dies freiwillig – oft gegen den Willen ihrer Familie tun, ähnlich wie z. B. Punks.

Hinzu kommt: Der schludrig formulierte Initiativtext verbietet nicht nur Niqabs und Vermummung, sondern auch Verkleidung zu Marketingzwecken oder zu Halloween, ja sogar Sportmaskotten!

### Angriff auf den Religionsfrieden

Mit der Vorlage wird bewusst Unmut gegenüber dem Islam gestreut. Es wird ein Problem kreiert, das sich angesichts der verschwindend geringen Zahl betroffener Personen gar nicht stellt. In der Schweiz leben zurzeit 360 000 Muslima und Muslime. Es gibt keine Burkaträgerinnen und zirka 20 bis 35 Niqabträgerinnen. Diese Anzahl ist konstant, somit findet keine, von den Initianten proklamierte, «Islamismuswelle» statt.

Die Initiative gibt weiter vor, die Integration zu fördern, dabei fördert sie nur die Ausgrenzung von bereits hier lebenden Frauen. Die geltende Gesetzgebung sieht zudem bereits heute klare Regelungen vor, wenn sich Personen in der Schweiz bewusst nicht in den Arbeitsmarkt oder die Gesellschaft integrieren wollen, beispielsweise die Verweigerung von Arbeitslosengeld oder Einbürgerung.

### Sicherheit wird bereits gewährleistet

Die Angst eines terroristischen Anschlags durch Burkaträgerinnen ist absurd. Es gibt genau null bekannte Fälle von Straftaten durch auffällig verhüllte Frauen in der Schweiz, aber unzählige durch Menschen in unauffälligen Zivilkleidern.

Jeder Kanton kann und soll selbst entscheiden, welche Regeln er in seinem öffentlichen Raum einführen möchte. Die Kantone sollen auch künftig selbst entscheiden können, ob sie ein Verhüllungsverbot wollen oder nicht. Die Kantone St. Gallen und Tessin kennen bereits heute Verhüllungsverbote. Im Kanton Glarus wurde eine ähnliche Vorlage an der Landsgemeinde abgelehnt, ebenso in den Kantonsparlamenten der Kantone Zürich, Solothurn, Schwyz und Basel-Stadt. Ähnlich bei Vermummungsverboten bei Demonstrationen, die viele Kantone kennen, ebenso viele aber bewusst nicht. Diese Initiative greift ohne jegliche Begründung in die kantonale Souveränität ein.

### Konstruktiver Gegenvorschlag

Die FDP lehnt die Initiative klar ab, unterstützt jedoch den Gegenvorschlag, der bei einem Nein zur Initiative in Kraft tritt. Mit ihm wird auf Gesetzesstufe festgelegt, dass alle Personen ihr Gesicht zeigen müssen, wo der Bund sie identifizieren muss, beispielsweise am Zoll oder im ÖV. Wer sich bei einer wiederholten Aufforderung widersetzt, wird mit einer Busse bestraft, und die entsprechende Leistung wird verweigert. Der Gegenvorschlag schränkt die Autonomie der Kantone jedoch nicht ein. Somit würde die Initiative im besten Fall nichts bewirken und im schlechtesten Fall den Religionsfrieden gefährden, dem Tourismus schaden und die liberale Tradition der Schweiz untergraben.

**Andrea Caroni, Ständerat AR**

Bundesrätin Karin Keller-Sutter hat in den letzten Monaten zahlreiche Abstimmungsvorlagen vertreten.



# «Datenschutz macht einen Schritt vorwärts»

Bundesrätin Karin Keller-Sutter setzt sich für ein Ja zur E-ID ein

Am 7. März stimmt die Schweiz über die Einführung einer E-ID ab. Justizministerin Karin Keller-Sutter erklärt im Interview, warum rein staatliche Lösungen nicht sinnvoll sind, was mit persönlichen Daten passiert und wo sich die E-ID nutzen lässt.

**Wofür braucht es eine E-ID?** Eine staatlich anerkannte, elektronische Identität ist die Basis für die weitere Digitalisierung in der Schweiz. Die E-ID wird es erlauben, uns einfach, sicher und praktisch im Internet anzumelden. Heute ist oft nicht klar, was mit unseren Daten passiert. Deshalb schaffen wir mit der E-ID erstmals ein gesetzlich geregeltes Login. Nach Schweizer Recht und mit einem starken Datenschutz. Das ist eine Chance

für die Schweiz, sonst galoppieren uns Apple und Co. mit ihren eigenen IDs davon. Keine davon ist heute gesetzlich geregelt.

**Die Gegner kritisieren die Beteiligung privater Firmen. Wieso setzt der Bundesrat auf dieses Modell?**

In unserem Modell tut der Bund das, was nur der Bund tun kann: Er übernimmt die hoheitlichen Aufgaben, indem er die Identität der einzelnen Per-

sonen überprüft. Ausserdem ist er zuständig für die Prüfung, Anerkennung und Kontrolle der Anbieterinnen. Die technische Umsetzung hingegen, das können auch Private, Kantone oder Gemeinden. Die Erfahrungen im Ausland waren zudem ernüchternd. Die Bevölkerung akzeptierte die rein staatlichen Lösungen nicht, weil sie zu kompliziert waren. In Deutschland beispielsweise benutzen nur etwa sechs Prozent der Bevölkerung die E-ID. Deshalb setzen Bundesrat und Parlament jetzt auf ein zukunftsorientiertes Modell mit einer klaren Aufgabenteilung.

**Deutschland, Österreich oder UK setzen bereits auf eine E-ID. Ist der Einsatz einer E-ID so unsicher, dass die Schweiz erst jetzt eine E-ID einführen will?**

Mit Sicherheit hat das nichts zu tun. Auch in der Schweiz haben die Arbeiten an der E-ID schon vor etwa 20 Jahren begonnen. Der Bund hat verschiedene Varianten sorgfältig geprüft. Heute haben wir einen ausgewogenen Kompromiss gefunden. Dieser berücksichtigt die Sicherheit, den Datenschutz und die Anwenderfreundlichkeit gleichermaßen. Und wir haben eine gute Balance zwischen öffentlichen und privaten Stellen gefunden. Ein guter Kompromiss braucht Zeit. Mit dem E-ID-Gesetz haben wir ihn.

**Welche Unternehmen kommen für die Herausgabe der E-ID in Frage?** Wir wissen vom Kanton Schaffhausen und bereits von fünf Unternehmen, dass sie sich als Anbieterinnen anerkennen lassen wollen. Es wird also einen Wettbewerb geben. Die besten technologischen Lösungen werden sich durchsetzen. Das begrüsse ich. Wettbewerb verspricht moderne und zukunftsweisende Lösungen für die Kunden und die Unternehmen.

**Von linker Seite wird moniert, dass der Datenschutz nicht gewährleistet werden könne. Wie entgegenen Sie diesem Vorwurf?** Mit dem neuen Gesetz machen wir sogar einen Schritt vorwärts. Heute wissen wir nicht, was mit den Daten passiert, wenn wir uns im Internet anmelden, zum Beispiel mit Google, Apple oder Facebook. Mit dem E-ID-Gesetz legen wir erstmals gesetzliche Regeln fest. Der Datenschutz ist dabei strenger als sonst: Daten dürfen immer nur mit der ausdrücklichen Zustimmung der E-ID-Nutzerinnen weitergegeben werden. Ausserdem gibt es eine klare Trennung der verschiedenen Daten: Die Personendaten, die zur Identifikation einer Person dienen, und die Nutzungsdaten der E-ID müssen getrennt voneinander aufbewahrt werden. So wird verhindert, dass Nutzerprofile erstellt werden können. Solche sind auch verboten. Die Daten müssen zudem in der Schweiz bleiben, deshalb steht übrigens auch der eidgenössische Datenschützer hinter dem neuen Gesetz.

**Wie wird sichergestellt, dass Private diese Daten nicht irgendwann verwenden?** Auch das ist im Gesetz klar geregelt, das dürfen sie nicht. Zudem werden alle Anbieterinnen durch eine neue, unabhängige Kommission beaufsichtigt und kontrolliert. Bei einem Fehlverhalten kann einer Anbieterin die Anerkennung entzogen werden.

**Was passiert, wenn beispielsweise ein beteiligtes Unternehmen aussteigt oder in Konkurs geht?** Daran hat der Gesetzgeber ebenfalls gedacht und vorgesorgt. So kann das E-ID-System von einer anderen anerkannten Anbieterin übernommen werden – aber nur, wenn die Inhaber der E-ID dem zustimmen. E-ID-Systeme sind zudem weder pfändbar, noch fallen sie in die Konkursmasse.

**Wo lässt sich die E-ID überall einsetzen – welcher konkrete Nutzen entsteht für Bürgerinnen und Bürger?** Bis jetzt müssen wir für viele Dienstleistungen unsere Identität umständlich nachweisen, zum Beispiel durch persönliches Erscheinen. Mit einer E-ID wäre dies nicht mehr nötig, das würde insbesondere das E-Government voranbringen. Ausserdem könnten die Bürgerinnen und Bürger erstmals ein sicheres Login verwenden, das staatlich geregelt ist.

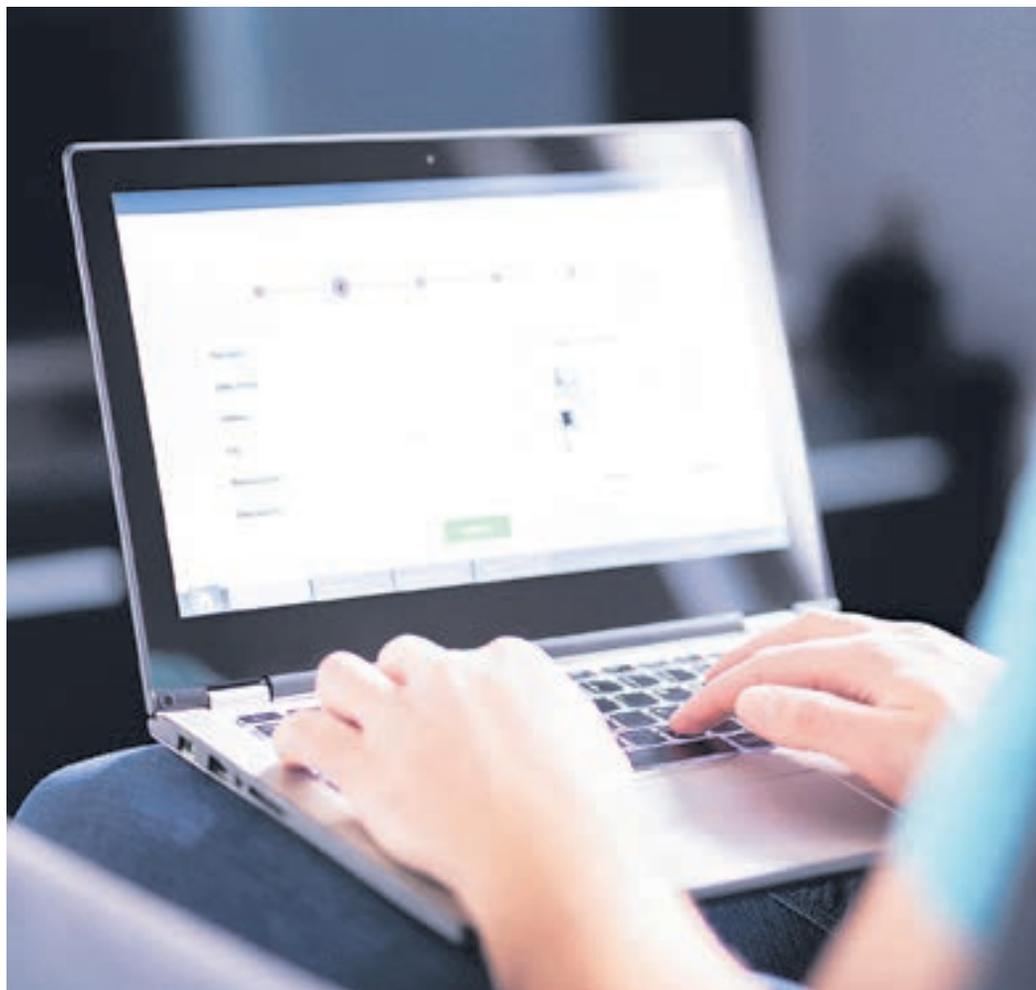
**Was geschieht bei einem Nein zur E-ID?** Wird die Vorlage am 7. März abgelehnt, gibt es keine staatlich anerkannte E-ID. Damit verschenken wir vor allem Zeit, denn das bedeutet konkret, dass wir weiterhin keinen gesetzlichen Rahmen für elektronische Identifizierungsverfahren haben. Die Schweiz würde bezüglich E-ID noch weiter in Rückstand geraten. Dass sich dereinst eine rein staatliche E-ID politisch durchsetzen könnte, bezweifle ich. Das Gesetz wäre ein sehr konkreter Fortschritt auf dem Weg der Digitalisierung.

**Wie sieht der Zeitplan bei einem Ja zur E-ID aus?** Der Bundesrat wird möglichst rasch die techni-

schen Verordnungen in die Vernehmlassung schicken. Parallel dazu würden wir die neue Aufsichtskommission aufbauen. Beides braucht aber Zeit, ich rechne damit, dass wir uns etwa in zwei Jahren mit der E-ID im Internet anmelden könnten.

**Sie haben jetzt einen Marathon an Abstimmungen hinter sich: Unternehmensverantwortungsinitiative, Kündigunginitiative und das Schengen-Referendum. Jetzt stehen die E-ID und der Kampf gegen die Burkainitiative an. Woher nehmen Sie die Energie, sich jetzt zu 100 Prozent diesen Vorlagen zu widmen?** Es stimmt, auch 2021 wird ein intensives Jahr, es stehen auch nach dem 7. März weitere wichtige Abstimmungen an, z. B. die Abstimmung über die polizeilichen Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Kraft tanke ich bei Spaziergängen in der Natur oder bei der Lektüre eines guten Buches. Und überdies erfüllt und motiviert mich die Aufgabe als Bundesrätin.

**Interview: Marcel Schuler**



Die E-ID erleichtert die Identifikation im Internet.



# Nein zu Agrarinitiativen Ja zum Covid-19-Gesetz

### Delegierte fassen Parolen an E-DV

An der digitalen DV Anfang Februar fassten die Delegierten drei Parolen und befanden über einen Antrag. So wurde das Covid-19-Gesetz angenommen und die «Trinkwasserinitiative» sowie die «Pestizidinitiative» abgelehnt. Der Antrag eines Delegierten, das Anti-Terror-Gesetz nicht nur mit den kantonalen Parteipräsidenten, sondern auch mit den Delegierten zu diskutieren, führte mit 177 Ja zu 177 Nein zu einer Patt-Situation. Um allen Delegierten die Möglichkeit zu geben, sich zu diesem Thema zu äussern, wird die FDP eine ausserordentliche DV organisieren.



Bundesrätin Karin Keller-Sutter sprach zu den Delegierten.

(Bilder: Désirée Dittes)

Angesichts der Gesundheitssituation fand die erste Delegiertenversammlung des Jahres wiederum digital statt. Die Delegierten konnten die Debatten zu den traktandierten Vorlagen online verfolgen. Dabei haben sich auch die beiden Bundesräte Karin Keller-Sutter und Ignazio Cassis geäussert. Die Justizministerin betonte die Wichtigkeit, für das E-ID-Gesetz zu stimmen. Bundesrat Cassis informierte über die Verhandlungen mit Europa und über die aktuelle Situation der Corona-Krise. Zudem wurde die Initiative zur Einführung der Individualbesteuerung der FDP Frauen vorgestellt.

### Klare Unterstützung für das Covid-19-Gesetz

Im Frühjahr 2020, während der ersten Welle der Pandemie, erliess der Bundesrat mehrere Verordnungen als Reaktion auf die Gesundheits- und Wirtschaftskrise. Einige von ihnen, die auf der Grundlage der Verfassung und damit in ihrer Gültigkeit auf sechs Monate begrenzt waren, mussten verlängert werden. Mit dem Covid-19-Gesetz soll die gesetzliche Grundlage geschaffen werden, damit der Bundesrat einen Teil der im Frühjahr 2020 getroffenen Massnahmen zur Bekämpfung der Pandemie verlängern kann. Sie regelt auch die Beihilfen an die Branchen und Arbeitnehmer, die von den vom Bundesrat auferlegten Beschränkungen am meisten betroffen sind. Die Delegierten haben mit deutlicher Mehrheit für dieses Gesetz gestimmt (310 Ja / 55 Nein / 13 Enthaltungen), das für das Krisenmanagement unerlässlich ist.

### Delegierten lehnen die Agrarinitiativen ab

Die Trinkwasserinitiative (202 Nein / 165 Ja / 11 Enthaltungen) und die Pestizid-Initiative (318 Nein / 52 Ja / 8 Enthaltungen) wurden beide abgelehnt. Diese beiden Initiativen sprechen wichtige Themen an, da die FDP den Einsatz von neuen Pflanzenschutzmitteln reduzieren möchte. Der Weg zum Ziel soll aber ein anderer sein. Beide Initiativen gehen aus der Sicht der FDP deutlich zu weit: Die Umsetzung dieser Initiativen würde nicht nur die Schweizer Landwirtschaft, sondern auch die nationale Lebensmittelversorgung gefährden. Die Delegierten wollen den bereits eingeschlagenen Weg über die laufenden Anpassungen der bestehenden Gesetzgebung im Parlament beibehalten.

### Ausserordentliche DV für Anti-Terror-Gesetz

Am Freitag hat die Parteipräsidentenkonferenz die Ja-Parole zum neuen Anti-Terror-Gesetz beschlossen. Gemäss Statuten (Art. 16.2, Abs. 1) ist sie berechtigt, im Namen der Partei Stellung zu beziehen. Ein Antrag eines Delegierten, die Vorlage der DV vorzulegen, erzielte keine Mehrheit (177 Ja / 177 Nein / 25 Enthaltungen). Der Parteivorstand hat dennoch beschlossen, eine ausserordentliche DV durchzuführen, um eine breite Debatte zu ermöglichen. Der Termin für die ausserordentliche DV steht noch nicht fest.

**Karin Müller**



Ständerat Damian Müller informierte über das Covid-19-Gesetz.



Nationalrätin Daniela Schneeberger referierte über die beiden Agrarinitiativen.



Nationalrat Philippe Nantermod moderierte die E-DV.



Parteipräsidentin Petra Gössi sprach zu den Delegierten.



Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher präsentierte die Initiative zur Einführung der Individualsteuer.



Nationalrat Olivier Feller erklärte das Covid-19-Gesetz.



Für die E-DV war viel Technik nötig.



Nationalrat Jacques Bourgeois (links) und GLP-Nationalrätin Kathrin Bertschy diskutierten über die Agrarinitiativen.



Bundesrat Ignazio Cassis ist bereit für seine Ansprache.



Kaffeepause für Daniela Schneeberger und Damian Müller.



Petra Gössi wünscht sich bald wieder eine physische DV.



# Freiheit liegt nicht im Auge des Betrachters

## Burkainitiative auf dem Prüfstand

Mit der Volksinitiative der SVP zur Einführung eines Verhüllungsverbot es rollt ein weiterer Verfassungsartikel auf uns zu, welcher Einschränkungen der persönlichen Freiheit zum Ziel hat. Einmal mehr finden die Befürworter natürlich auch emotional gefärbte und hehre Ziele als Argumente, die Vorlage anzunehmen. Doch was ist an den Argumenten wirklich dran?

Wollen wir eine sichere Gesellschaft? Ja. Ich denke, dabei sind sich wohl Parteien aller Couleur einig. Wollen wir Gesichtverhüllungen zur Identifikation vor Behörden oder an Demonstrationen untersagen? Klar, wieso nicht. Ist das Verhüllungsverbot aber notwendig, um dies zu erreichen? Ganz sicher nicht. Dies ist bereits heute mehrfach auf Gesetzesstufe normiert und würde durch den indirekten Gegenvorschlag zusätzlich verschärft. Auch wurde in der Schweiz noch nie ein terroristischer Anschlag verübt, bei welchem sich der Täter unter einer Burka versteckt hätte.

### «Klar definierte Ausnahmen»

Nicht vom Verhüllungsverbot betroffen seien beispielsweise Skimasken, Hygienemasken oder Faschnachtslarven. So grosszügig diese Ausnahmen auch tönen mögen, offenbaren sie doch eindeutig

und kaum widersprochen das wahre Ziel der Vorlage: Sie zielt einzig und allein auf das Verbot der Gesichtverschleierung im muslimischen Glauben. Und dabei stehen nicht die sicherheitspolitischen oder gleichstellungsproblematischen Interessen im Vordergrund, nein, die Vorlage will – wie wir dies auch schon von der Minarettinitiative kennen – der muslimischen Bevölkerung klarmachen, dass ihr Glaube in unserer Gesellschaft nichts verloren habe, und versucht, der «Islamisierung Europas» Einhalt zu gebieten. Es darf bezweifelt werden, dass diese Intention mit unseren Vorstellungen von Glaubensfreiheit und Toleranz in einer Gesellschaft vereinbar ist.

### «Freie Menschen zeigen ihr Gesicht»

Vorab nur mal dies: Mit einem Verbot hat noch niemand mehr Freiheit geschaffen. Das Argument,

Das Verhüllungsverbot würde in erster Linie Touristinnen treffen wie hier am Lac Léman bei Vevey.

man wolle die unterdrückte Frau unter einer Burka von dieser Unfreiheit erlösen, ist ebenso falsch wie überheblich. Weder kann ein Aussenstehender wissen, ob eine Person ein Kleidungsstück freiwillig trägt oder nicht, noch steht es einer freien Gesellschaft zu, darüber zu urteilen, ob jemand ein Kleidungsstück tragen darf. Die selbsternannten «Vertreter der Freiheit» wollen mehr Freiheit schaffen, indem sie einer Person verbieten, sich nach ihrem Willen zu kleiden? Ist Freiheit nur, was die Verfassung als Freiheit definiert? Jeder Mensch sollte selber bestimmen dürfen, wie er oder sie sich kleidet. Denn nur dies ist die einzig wahre Freiheit der Selbstbestimmung. Anders als Schönheit, darf Freiheit nicht im Auge des Betrachters liegen.

### «Gleichstellung der Frau»

Mal abgesehen davon, wie anmassend es ist, als Gesellschaft darüber richten zu wollen, ob ein anderer Kulturkreis gute oder schlechte traditionelle Werte pflegt, welche sich in bestimmter Kleidung äussern können, gibt es nichts Kontraproduktiveres, als willkürlich durch Verbote in bestehende traditionelle Werte einzugreifen. Aufgabe der schweizerischen Gesellschaft ist es, die eigenen Werte der Freiheit und Gleichberechtigung der Geschlechter hochzuhalten, die bereits heute illegale Nötigung konsequent strafrechtlich durchzusetzen und Rahmenbedingungen zu schaffen, dass eine Frau nicht unterdrückt wird – und dies mit allen Mitteln des Rechts. Eine Muslima vor die Wahl zwischen familiärer Verstossung bei Nichttragen der Gesichtverschleierung und illegalem Verhalten durch Tragen der Burka in der Öffentlichkeit zu stellen, treibt die Gleichstellung nicht voran, sondern verhindert sie nachhaltig.

Nur wenn wir unsere Freiheiten vorleben, den Menschen nicht vorschreiben, wie sie sich zu kleiden und wie sie ihren Glauben zu leben haben, erreichen wir langfristig eine Gesellschaft, welche nach unseren Werten lebt. Eine Gesellschaft kann keine Toleranz von fremden Kulturen innerhalb der Geschlechter fordern, wenn sie selbst keine Toleranz gegenüber Andersgläubigen walten lässt.

### Philipp Eng

Kantonsratskandidat FDP Solothurn-Lebern  
Präsident Jungfreisinniger Kanton Solothurn

## Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



NEIN

**Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot»**



JA

**Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID)**



JA

**Bundesbeschluss über die Genehmigung des umfassenden Wirtschaftspartnerschaftsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien**

# AGENDA

**3. Juli 2021**

Delegiertenversammlung, Ort noch offen

**28. August 2021**

Sternwanderung in Thun

**2. Oktober 2021**

Delegiertenversammlung, Ort noch offen

### Jetzt Masken bestellen

Schutzmasken sind momentan unverzichtbare Begleiter. Bei der FDP können zertifizierte Stoffmasken mit der Aufschrift «Freiheit und Verantwortung» in den Grössen M und L bestellt werden. Ebenfalls möglich ist die französische Beschriftung «Libre et Responsable». Eine Maske kostet Fr. 7.– plus Versandkosten und lässt sich unter [www.fdp.ch/shop](http://www.fdp.ch/shop) bestellen oder einfach den QR-Code mit der Handykamera scannen.



**50 Jahre Frauenstimmrecht!  
Freisinnige Frauen, die die Geschichte geprägt haben.**

Am 7. Februar 1971 erhielten die Schweizer Frauen nach einem mehr als hundertjährigen Kampf endlich das aktive und passive Wahlrecht auf Bundesebene. Dieses Datum stellt einen grossen Durchbruch in Bezug auf die Gleichberechtigung dar. Viele FDP Frauen haben unsere Partei 50 Jahre lang vertreten und tun es noch immer. Anlässlich dieses Jubiläums hebt die FDP einige der Pionierinnen hervor, die Geschichte geschrieben und die Politik der Schweiz geprägt haben. Die ersten Parlamentarierinnen, die erste Bundesrätin, die erste Präsidentin der FDP Schweiz und viele andere. Politisches Engagement kennt kein Geschlecht und wir freuen uns, dass sich täglich immer mehr Frauen auf allen Ebenen in der Politik engagieren! Scannen Sie den QR-Code mit der Kamera Ihres Smartphones und erfahren Sie mehr über elf bemerkenswerte freisinnige Frauen.



# FDP

Die Liberalen

---

**Eine starke  
Partnerschaft  
für nachhaltigen  
Handel.**

**JA**

**zum Abkommen  
mit Indonesien**

[www.indonesien-ja.ch](http://www.indonesien-ja.ch)